

Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg

CDU Kreistagsfraktion Darmstadt-Dieburg

Darmstadt, 18. März 2023

Redeentwurf für die Sitzung des Kreistages am 18. März 2024
Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2024
Drucksache 3558-2023/DaDi und dazugehörige Vorlagen

Redezeit: 15 Minuten

**Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,**

Die moderne Medizin hält eine Vielzahl hochwirksamer Schmerzmittel bereit, die überall preiswert und ohne Schwierigkeiten verfügbar sind. Der Vorteil ist, dass man sich lästige Leiden schnell und einfach vom Hals schaffen kann. Der Nachteil ist, dass man leicht vergisst oder erst gar nicht hinterfragt, warum man eigentlich Schmerzen hatte. Das kann auf Dauer gefährlich sein.

In der Politik passiert derzeit etwas Ähnliches: wir sind – zurecht – in hohem Maße besorgt über Umfrageergebnisse, die eine

hohe Zustimmung der Menschen zu radikalen Parteien vorhersagen. Wir überlegen, wie wir diese radikalen Parteien bekämpfen können, durch Protest, womöglich gar durch Verbote.

Aber sollten wir nicht auch überlegen, woher eigentlich dieser Schmerz kommt? Woher diese plötzliche, breite, massive Unzufriedenheit und Empörung kommt? Wenn Sie jetzt annehmen, ich werde gleich sagen, das habe alles die Ampel-Regierung verursacht, dann muss ich Sie enttäuschen. Das wäre in der Tat viel zu einfach und viel zu kurz gesprungen, auch wenn diese Regierung ein besonderes großes Talent hat, mit zahlreichen Entscheidungen möglichst viele gegen sich aufzubringen.

Während die einen die Notwendigkeit von Verteilung und Versorgung in den Vordergrund rücken, betonen die anderen die Notwendigkeit von Erwerb als Grundlage und Voraussetzung für eben diese Leistungen des Staates. Die Erkenntnis, dass verteilt nur werden kann, was erwirtschaftet wurde, wird seit langer Zeit vernachlässigt. Die gesamte Gesellschaft hat sich angewöhnt, für jedes Problem und jeden Wunsch nach dem Staat zu klingeln. Es ist ein geflügeltes Wort in den Medien geworden, jemand werde mit diesem oder jenem Problem "allein gelassen". So, als sei der Bürger oder die Bürgerin ein kleines Kind, bei dem der Staat aus dem Zimmer geht und das jetzt hilflos ist.

Diese Anspruchshaltung führt zu einer ganzen Reihe von Folgen:

Zum einen kostet der ständige Aufbau von Versorgungsleistungen wie zum Beispiel das Bürgergeld in seiner aktuellen Form Geld. Geld, das bei wichtiger Infrastruktur fehlt. Deshalb sind wir im europäischen Vergleich nahezu überall hintendran: Mobilfunknetz, Breitbandausbau, Digitalisierung und der Bahn!

Schließlich sinkt die Schwelle des Einzelnen, selbst tätig zu werden, immer weiter. Ein Löwe im Zoo, den der Wärter täglich füttert, verlernt das Jagen. Und er muss rundum geschützt werden, weil er das selbst nicht mehr kann. Überall springt der Staat in Form einer Schar von Bediensteten herbei, die eine Fülle von Regeln vollzieht. Natürlich alles immer zum Schutz des Bürgers, den wir in diesem Zusammenhang gern „Verbraucherin oder Verbaucher“ nennen.

Das ist alles gut gemeint und manches ist sogar sinnvoll. Interessanterweise macht es aber die Menschen nicht zufrieden. Aus einem einfachen Grund: wer in den Genuss sinnvoller oder zumindest für ihn günstiger Leistungen kommt, hält diese längst für selbstverständlich. Wehe nur, wenn sie wieder abgeschafft oder gekürzt werden.

Der gigantische, teure Aufwand, den die öffentliche Hand betreibt und den sie immer weiter aufbläht, macht in Wahrheit niemanden richtig glücklich, sondern im Gegenteil früher oder später alle unzufrieden.

Nun könnte man ja meinen, es wäre ein Segen, dass in den Kassen der öffentlichen Hand weniger Geld ist. Es werde den Staat automatisch verschlanken, wie so eine Art Fitnesskur oder Zwangsdiet. So weit sind wir aber noch nicht. Im Moment lässt die Rechtslage es noch zu, dass Bestellungen zulasten fremder Kassen getätigt werden.

Kein Politiker einer höheren Ebene muss auf Wohltaten verzichten, weil es genügend Möglichkeiten gibt, sie durch eine niedrigere Ebene finanzieren zu lassen. In Hessen gibt es dafür gewisse Grenzen, weil durch das Konnexitätsprinzip der Staat bezahlen muss, wenn er etwas bestellt. Im Bund ist das anders. Obwohl oder gerade, weil es Finanzbeziehungen zwischen Bund und Kommunen nicht gibt, werden dort fröhlich Leistungen erfunden oder ausgeweitet, die die Kommunen zahlen müssen.

Der Bund sagt: ich kenne euch nicht, wendet euch an die Länder, und das Land sagt: tut mir leid, das ist kein Fall der Konnexität, wir konnten leider nicht verhindern, dass der Bund solchen Unsinn beschließt.

Ein plastisches Beispiel für eine massive Belastung, die von Jahr zu Jahr stetig steigt, ist die LWV-Umlage. Von 2023 zu 2024 finden wir hier eine Mehrbelastung von fast 7 Millionen Euro! Die Gesamtumlage steht mittlerweile bei fast 69 Millionen Euro! Dies ist so nicht mehr hinnehmbar. Das Konstrukt des LWVs muss dringend reformiert werden, um eine Verschlinkung dieses Tankers zu erzielen. Zusätzliche Belastungen aus den stetig steigenden Aufwendungen für Sozialleistungen erhöhen zum einen den Druck auf den Haushalt der Landkreise. Insofern -das sei an dieser Stelle vorweggenommen- wird die Erfüllung der Vorgabe zum Haushaltsausgleich immer mehr zu einer unüberwindbaren Hürde.

Eines ist jetzt schon klar, die Zeit des einfachen „Weiter so“ ist abgelaufen. Wir müssen für unseren Wohlstand stärker kämpfen und ich behaupte, dass wir alle ärmer geworden sind. Wir bleiben trotzdem hoffnungsvoll, was in der aktuellen Situation sehr schwerfällt. Und damit richte ich den Blick auf den vorliegenden Haushaltsplan inkl. der Ergänzungsvorlagen:

Bereits in meiner Haushaltsrede zum Doppelhaushalt 2022/2023 betonte ich, dass der lange Weg der Haushaltskonsolidierung nicht mit dem Beschluss des Doppelhaushaltes enden würde. Diese finanzielle Realität bescheinigte uns mehrfach auch das Regierungspräsidium Darmstadt in seiner Haushaltsverfügung.

Mit dem uns heute vorliegenden Haushalt 2024 und seinen Ergänzungsvorlagen stellen wir uns der finanziellen Realität sowie den aktuellen politischen Herausforderungen, legen einen genehmigungsfähigen Haushalt vor und kommen so den Forderungen des Regierungspräsidiums Darmstadt als zuständige Aufsichtsbehörde nach.

Nun meine sehr verehrten Damen und Herren,

Im Ergebnishaushalt der Ergänzungsvorlage liegt eine Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses um 21 Millionen Euro vor, sodass wir nur noch mit einem Defizit von 6,6 Millionen Euro planen, das wir durch die Rücklage ausgleichen können. Dass sich das Haushaltsergebnis verbessert, ist insbesondere Zusicherung des Landes Hessen bei den Bundeszuweisungen für Flüchtlinge zu verdanken. Die Hessische Landesregierung hält an dieser Stelle ihr Versprechen und entlastet die Kreishaushalte deutlich. Weitere Ergebnisverbesserungen finden wir bei der Umlage des Gesundheitsamtes und der Reduzierung der Aufwendungen für das Gebäudemanagement aufgrund von Spitzabrechnungen.

Als Landkreis, der umlagefinanziert ist, gilt es bei der Haushaltsaufstellung den Spagat zu meistern, auf der einen Seite den Vorgaben der Aufsichtsbehörde nachzukommen, und auf

der anderen Seite unsere kommunale Familie mit den 23 Städten und Gemeinden unseres Landkreises nicht zu überfordern.

Vor diesem Hintergrund halten wir uns an unser Wort aus dem vergangenen Jahr und belassen die Kreis- und Schulumlage im Finanzplanungszeitraum bei dem Gesamthebesatz von 58,910 % und belasten damit unsere Städte und Gemeinde im schwierigen Umfeld nicht noch zusätzlich. Das sind wir unseren Landkreiskommunen einfach schuldig, die ja bisher den Großteil der kommunalen Daseinsvorsorge geleistet haben. Nichtsdestotrotz haben wir auch rund 7 Millionen Mehrerträge aus der Kreisumlage laut der vorläufigen Festsetzung des HMdF.

Die Wichtigkeit und der Stellenwert der kommunalen Familie für die Kreiskoalition und dem Landrat Schellhaas bescheinigte sich letztlich auch darin, dass die Städte und Gemeinden umgehend und transparent nach Rücksprache mit dem RP Darmstadt über die Änderungen der Kreis- und Schulumlage unterrichtet wurden.

Was diese Änderung für eine Wirkung auf die kommunalen Haushalte besitzt, habe ich vorletzte Woche in meiner Rolle als Mitglied der Bickenbacher Gemeindevertretung erlebt. So konnten wir im gemeindlichen Haushalt in der mittelfristigen Finanzplanung rund 300.000 Euro einsparen. Bei einem Haushaltsvolumen von ca. 12 Millionen Euro macht sich dies deutlich bemerkbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Kreiskoalition haben bzw. werden wir in diesem Haushalt auch weitere Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt. Lassen Sie mich hier insbesondere auf Zwei eingehen. Zum einen haben wir geschaut, wie wir das ÖPNV-Angebot effizienter gestalten können und Busse, die nur sehr schwach frequentiert werden, gestrichenen. Auch hier zeigt es sich, dass wir uns künftig genau anschauen müssen: Wo lohnt es sich ÖPNV-Angebote auszuweiten und wo müssen wir schauen, dass Individuallösungen wie zum Beispiel Shuttles On Demand geschaffen werden. Denn eines ist klar: Geisterbusse können wir uns nicht mehr leisten!

Der zweite Punkt betrifft die Fachstelle für Wohnungsnotfälle „Wohnen und Sichern“, die eine großartige Arbeit leistet und vielen Menschen hilft. Nur ist dies eben eine klassische freiwillige Aufgabe. Hinzu kommt, dass die Fallzahlen nur auf wenige Kommunen verteilen und daher sich vor dem Hintergrund der Gerechtigkeit durchaus die Frage stellt, wieso nicht einzelne Kommunen für Ihre Fälle zahlen. Ich bin mir sicher, dass unsere Kreisbeigeordnete Christel Sprößler eine gute Lösung mit der Fachstelle finden wird. In dieser Angelegenheit werden wir daher noch im laufenden Jahr noch einen entsprechenden Beschluss fassen.

Was man an dieser Stelle auch noch einmal feststellen muss, ist, dass es bereits im ursprünglichen Haushaltsentwurf zahlreiche Konsolidierungsmaßnahmen seitens der Verwaltung und der drei Dezernenten gab. Auf die Verabschiedung des Haushaltssicherungskonzeptes können wir jedoch aufgrund des genehmigungsfähigen Haushaltes verzichten. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir auf die darin enthaltenen Maßnahmen zum Sparen verzichten werden. Im Gegenteil: Wir werden jede einzelne Konsolidierungsmaßnahme einzeln verabschieden und so als Kreiskoalition den Konsolidierungskurs eisern fortsetzen.

Der Sparwille ist also deutlich zu sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Kreistagsvorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich nun ein paar Worte zu den vorliegenden Änderungsanträgen der Opposition sagen. Es ist das gute Recht - ja gar die Pflicht - der Opposition sich kritisch zur Politik der Mehrheit zu äußern. Die logische Folge von Kritik ist jedoch das Aufzeigen von Alternativen und das Unterbreiten von Änderungsvorschlägen. Die vorgelegten Änderungsanträge der Opposition zeigen keinerlei Alternativen oder Konsolidierungsmaßnahmen zum vorgelegten Haushalt.

Zunächst einmal möchte ich mich bei der Fraktion FW/UWG, Herrn Hardt sowie bei Herrn Genossen Bischoff bedanken, die inhaltliche Änderungsanträge gestellt haben und sich intensiv mit dem Kreishaushalt beschäftigt haben.

Lieber Herr Rupp,

der Änderungsantrag Ihrer Fraktion sind gut gemeint, aber haben keinen positiven Effekt auf die Haushaltskonsolidierung. Beispiel Sanierung Kreishäuser: Wie Herr Landrat bereits im Haupt und Finanzausschuss mitgeteilt hat, tragen die Sanierungen der Liegenschaften dazu bei perspektivisch die Mietzahlungen in Höhe von 1,3 Millionen Euro für die Immobilien in der Rheinstraße und der Mina-Rees-Straße beenden zu können. Darüber hinaus hat eine Verschiebung keine großartigen Auswirkungen auf den Haushalt, da eine Verschiebung weiterhin die mittelfristige Finanzplanung belastet. Wenn müssten Sie die Streichung aller Mittel beantragen.

Für Ihren Antrag zur kommunalen Gebietsreform habe ich persönlich sehr viel Sympathie. Für die weitere Zukunftsfähigkeit der kommunalen Familie Hessens brauchen wir eine umfassende Funktional- und Verwaltungsreform, um wie eingangs erwähnt die völlig aufgeblähten Strukturen in unserem Land zu verschlanken. Ziel muss es sein, leistungsstarke

Kommunen mit einer arbeitsfähigen Verwaltung zu entwickeln, die weiterhin für ihre Bürgerinnen und Bürger Grundleistungen vorhalten können. Dies würde die finanziellen und personellen Herausforderungen in den Städte und Gemeinden deutlich schmälern. Vorstellbar wäre hier ein Teilentschuldungsfonds als Konsolidierungshilfe für Gemeinden, die sich freiwillig zu zukunftsfähigen Einheiten zusammenschließen. Leider ist das eine persönliche Wunschvorstellung, die wir hier im Kreistag nicht entscheiden können. Hierfür lege ich Ihnen die Kontaktaufnahme mit unseren fleißigen Landtagsabgeordneten.

Lieber Herr Genosse Bischof,

Ihre Änderungsanträge bedeuten in der Summe eine Erhöhung der Ausgaben. Abgesehen davon lehnen wir die Anträge aus politischen Gründen entschieden ab.

Lieber Herr Hardt,

Ihr Antrag würde aufgrund des Drogenumschlagplatzes des Gernsheimer Hafens zu einer drastischen Verschlechterung unserer Kriminalitätsstatistik führen. Aus diesem Grund lehnen wir diesen Schaufensterantrag klar ab.

Liebe Frau Schlipf-Traup, lieber Herr Grunwald,

bei Ihrem Antrag bin ich tatsächlich etwas sprachlos. Den Haushalt an den Kreisausschuss zurückzuüberweisen ohne klare Einsparmaßnahmen zu beziffern ist unkreativ, wenn nicht gleich einfallslos und stümperhaft. Es gebührt doch des politischen Anstands sich mit dem Haushalt auseinanderzusetzen und Änderungsvorschläge zu machen. Sie hatten immerhin genug Zeit aus der Liste der freiwilligen Leistungen weitere Konsolidierungsvorschläge zu machen, auch wenn die Liste lediglich Kleinstbeträge beinhaltet, die uns dem Haushaltsausgleich nicht wirklich näherbringen. Von daher Setzen 6 liebe Grünen Fraktion!

Frau Kreistagsvorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren,

Zu guter Letzt gilt es auch Danke zu sagen! Bei der Aufstellung der Ergänzungsvorlage hat das Team um unseren Finanzchef Herrn Michael Hutterer, Frau Plößer und Frau Hantsche eine hervorragende Arbeit geleistet, wofür ich mich im Namen der CDU-Fraktion außerordentlich bedanken möchte. Ein weiterer Dank geht an unseren Koalitionspartner der SPD-Fraktion sowie den Landrat Klaus-Peter Schellhaas und die beiden Dezernenten Lutz Köhler und Christel Sprößler für die konstruktive und enge Zusammenarbeit während der Haushaltsberatungen. Das ist vor allem in diesen finanziell

herausfordernden Zeiten nicht selbstverständlich! Gemeinsam ist es uns jedoch gelungen!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

mit der vorliegenden Ergänzungsvorlage geben wir der Kreisverwaltung für das Jahr 2024, eine finanzielle Arbeitsgrundlage. Auch wenn weiterhin schwierige und unangenehme Entscheidungen in den nächsten Jahren anstehen und auch der anstehende Haushalt keine Träumereien ermöglichen wird, werden wir den Konsolidierungskurs weiter fortsetzen und gemäß unseres Koalitionsvertrages, aus Verantwortung, Zukunft gemeinsam gestalten!

Liebe Opposition,

übernehmen auch Sie Verantwortung für die Kreisfinanzen und stimmen sie der vorliegenden Ergänzungsvorlage zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!